

## Wählt der Kongo Ende 2018?

WAHLKOMMISSION VERÖFFENTLICHT LANG ERWARTETEN WAHLKALENDER

**Nach monatelanger Verzögerung und „Hinhaltetaktik à la congolaise“ wurde am 5. November 2017 der offizielle Wahlkalender durch die sogenannte „unabhängige“ Wahlkommission CENI<sup>1</sup> veröffentlicht. Hintergründe, Reaktionen und Ausblick.**

Der Weg bis zur finalen Bekanntgabe des Wahlkalenders war ohne Zweifel lang und beschwerlich. Und das eigentlich Fatale daran: er ist möglicher Weise auch noch nicht zu Ende.

### Der lange Weg

Der späte Zeitpunkt der Bekanntmachung (quasi am Jahresende) gilt schon deshalb in negativer Hinsicht als bemerkenswert, weil ein zentraler Bestandteil des Silvesterabkommens vom 31. Dezember 2016 zwischen Regierung und Teilen der Opposition<sup>2</sup> darin bestand, Wahlen bis Ende 2017 (!) in der Demokratischen Republik Kongo durchzuführen. Nach dem aktuellen Stand sollen die Präsidentschaftswahlen, die Wahlen zum Nationalparlament sowie die Wahlen auf Provinzebene nun am Sonntag, 23. Dezember 2018 stattfinden. Dazu soll das Parlament bis Ende November ein neues Wahlgesetz verabschieden. Da die Mühlen des kongolesischen Parlamentarismus eher langsam mahlen, ist dieses Datum ziemlich ehrgeizig

<sup>1</sup> Die Wahlkommission wurde personell durch den Präsidenten besetzt. Folglich wird von Seiten der Opposition deren Unabhängigkeit stark angezweifelt. Immer wieder steht der Vorwurf im Raum, die CENI würde die Interessen der Regierung vertreten. Für Aufsehen sorgte kürzlich ein Gruppenbild, auf dem der Vize-Vorsitzende der „unabhängigen“ Wahlkommission zusammen mit dem Präsidenten und zahlreichen Vertretern der Regierungspartei zu sehen ist. Das Foto entstand am Rande eines internen Parteitreffens.

<sup>2</sup> Nähere Informationen zum Silvesterabkommen und dessen mangelhafter Umsetzung: siehe KAS-Länderberichte Demokratische Republik Kongo vom Februar, April und September 2017.

gewählt. Einschränkend wurde mit Veröffentlichung des Wahlkalenders zudem von Seiten der CENI bereits jetzt darauf hingewiesen, dass zahlreiche logistische, finanzielle und rechtliche Hürden die Umsetzung des Zeitplans erheblich beeinträchtigen könnten. Zudem müsse man ständig die aktuelle politische Situation sowie die Sicherheitslage im Auge behalten. Klar ist: schon zu einem frühen Zeitpunkt werden Szenarien entworfen und Gründe gesucht, die eine Nichteinhaltung des Wahlkalenders rechtfertigen können. Ein Spiel, das sich leider zu wiederholen scheint: So wurde die kongolesische Öffentlichkeit bereits vor Monaten systematisch darauf vorbereitet, dass die Durchführung von Wahlen bis spätestens Dezember 2017 unrealistisch sei: der Vorsitzende der Wahlkommission CENI, Corneille Nangaa, äußerte sich am 09. Juli dieses Jahres dahingehend, dass Wahlen bis Ende des Jahres realistischer Weise nicht mehr abgehalten werden könnten, als Grund hierfür wurde die aus Sicherheitsgründen noch nicht abgeschlossene Wählerregistrierung in den Kasai-Provinzen angegeben. Bereits zu diesem Zeitpunkt erklärte der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, UDPS-Chef („*Union pour la Démocratie et le Progrès Social*“) Felix Tshisekedi, über Twitter, dass diese Aussage eine „Provokation“ darstellt sowie eine „Kriegserklärung“ an das kongolesische Volk bedeutet. Unbeeindruckt von der Reaktion der Opposition wurde am 11. Oktober 2017 aus den Reihen der Wahlkommission noch einmal „nachgelegt“, indem verlautbart wurde, dass Präsidentschaftswahlen aufgrund der intensiven Vorbereitung wohl nicht vor Anfang 2019 (!) stattfinden könnten. Das Verfahren könne allerdings beschleunigt werden, wenn man der Benutzung von Wahlautomaten zustimme, hierfür müsse allerdings das kongolesische Wahlgesetz geändert werden.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Ein Vorschlag, den sowohl die Opposition als auch die Zivilgesellschaft sehr kritisch sehen, denn es bestünde die Gefahr, dass bei dieser „Gelegen-

**KONGO**

GREGOR JAECKE

November 2017

[www.kas.de/kongo](http://www.kas.de/kongo)**Der wahre Grund**

Es liegt zudem die Vermutung nahe, dass man den Wahlkalender nun eigentlich gar nicht deswegen veröffentlicht hat, um das Silvesterabkommen einzuhalten oder aus der Erkenntnis heraus, dass es nun an der Zeit sei, das kongolesische Volk über das weitere (demokratische) Prozedere zu informieren. Der eigentliche Grund könnte ein anderer sein: Das am 27. Oktober 2017 in Kinshasa erfolgte Treffen der US-amerikanischen UN-Botschafterin Nikki Haley<sup>4</sup> mit dem kongolesischen Präsidenten: Haley stellte unmissverständlich gegenüber Kabila klar, dass die Trump-Administration die Durchführung von Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo im Laufe des Jahres 2018 erwartet. Sollten diese bis zu diesem Zeitpunkt nicht stattfinden, würde die kongolesische Regierung jegliche Unterstützung der USA sowie der internationalen Staatengemeinschaft verlieren. Detaillierte Ausführungen hierzu wurden nicht gemacht, doch ist anzunehmen, dass damit u.a. eine weitere Verschärfung der Sanktion gemeint sein könnte, möglicherweise Individualsanktionen, die den Präsidenten und seine Familie direkt betroffen hätten.

**Reaktionen aus dem Ausland**

Nach Veröffentlichung des Wahlkalenders erklärte die US-amerikanische UN-Botschafterin Haley, dass „dieser lang erwartete Wahlkalender nun die Grundlage für einen friedlichen Machtwechsel in der Demokratischen Republik Kongo darstellen würde.“ Die kongolesische Regierung, die Opposition und Zivilgesellschaft sowie die Vereinten Nationen müssten nun – unter Beteiligung der internationalen Staatengemeinschaft – eng zusammenarbeiten, um eine reibungslose Realisierung des Zeitplans und die Durchführung von friedlichen Wahlen zu ermöglichen. Der Präsident müsse die Verfassung respektieren und dürfe folglich für eine dritte Amtszeit nicht zur Verfügung stehen. Ferner forderte die USA die kongolesische Regierung dazu auf, von nun an auf politisch motivierte Prozesse zu verzichten, politische Häftlinge freizulassen und bei

friedlichen Demonstrationen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu achten. Dies sind ohne Zweifel Forderungen, denen sich die kongolesische Regierung in der Vergangenheit im Regelfall widersetzt hat. Folglich bestehen berechnete Zweifel, warum es dieses Mal anders sein sollte. Ganz im Gegenteil: das kongolesische Justizministerium erarbeitet gerade eine Gesetzesvorlage, die im Ergebnis zu einer Einschränkung der Pressefreiheit führt sowie den Handlungsspielraum nationaler und internationaler Nichtregierungsorganisationen im Land einschränken soll. Zu den weiteren Reaktionen ausländischer Staaten: Frankreich hielt sich bisher bezüglich einer Kommentierung des Wahlkalenders auffallend zurück und sprach nur von der Notwendigkeit, ein koordiniertes Expertenteam zur Unterstützung der Wahlvorbereitungen einzusetzen – ob und wie dies konkret umgesetzt werden kann, wurde (bisher noch?) nicht näher ausgeführt. Innerhalb der Regierung der ehemaligen Kolonialmacht Belgien scheint es derzeit keine einheitliche Linie bzgl. des Umgangs mit der kongolesischen Regierung zu geben: Außenminister Didier Reynders werden enge Kontakte zur kongolesischen Opposition nachgesagt, während Premierminister Charles Michel eine eher zurückhaltende und gemäßigte Linie gegenüber Präsident Kabila verfolgt<sup>5</sup>. Die Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Belgien sind seit der einseitigen, kongolesischen Aufkündigung der bilateralen militärischen Zusammenarbeit seit Beginn des Jahres zudem stark angespannt. Von Seiten der MONUSCO („*Mission de l'Organisation des Nations unies pour la stabilisation en République Démocratique du Congo*“) wurde erklärt, dass man die erneute zeitliche Verschiebung der Wahlen bedaure, aber für deren Durchführung Unterstützung leisten werde. Die Afrikanische Union (AU) begrüßte in einer ersten Stellungnahme die Veröffentlichung des Wahlkalenders und hob hervor, dass dies schon lange ein zentrales Anliegen der AU dargestellt hätte.<sup>6</sup>

---

heit“ auch noch andere Artikel im Wahlgesetz gleich mitverändert würden, so beispielsweise eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten.

<sup>4</sup> Der erste Besuch eines hochrangigen US-Politikers auf dem afrikanischen Kontinent seit Amtsübernahme von US-Präsident Donald Trump. Haley besuchte neben der Demokratischen Republik Kongo auch den Südsudan und Äthiopien.

---

<sup>5</sup> Es ist natürlich auch nicht auszuschließen, dass dies eine bewusste Doppelstrategie von belgischer Seite darstellt, um sich mehrere Optionen offen zu halten. Im September kam es zu einem Treffen des belgischen Premierministers mit Präsident Kabila in New York, ohne Anwesenheit des belgischen Außenministers.

<sup>6</sup> Dann stellt sich allerdings die berechnete Frage, warum man in der Vergangenheit nicht klarer Stellung gegen die Verzögerungstaktik der kongolesischen Regierung bezogen hat.

**KONGO**

GREGOR JAECKE

November 2017

[www.kas.de/kongo](http://www.kas.de/kongo)**Reaktionen der Opposition und Zivilgesellschaft**

Die diversen Reaktionen der kongolesischen Opposition auf die Veröffentlichung des Wahlkalenders hätten (zumindest verbal) hingegen nicht heftiger ausfallen können: aus seinem belgischen Exil heraus verkündete Moïse Katumbi, Ex-Gouverneur von Katanga, dass „dieser aus der Luft gegriffene Wahlkalender, das Manöver eines räuberischen Regimes darstellt, welches sich mit allen Mitteln an der Macht klammern möchte“. Und weiter: „Präsident Kabila setzt zusammen mit seinen Vertrauten und seiner Familie die Plünderung des Kongo fort“. Der Oppositionspolitiker und große Teile der Zivilgesellschaft sehen in dem angekündigten Wahldatum eine drastische Verletzung des Silvesterabkommens und fordern den Amtsverzicht des Präsidenten noch in diesem Jahr verbunden mit der Einsetzung eines „neutralen“ Präsidenten, der dann Übergangsweise nur bis zu den nächsten Wahlen sein Amt ausführen soll (d.h. auch ohne Möglichkeit, bei den Wahlen anzutreten). Wie man allerdings konkret dieser Forderung Nachdruck verleihen kann (und wie dieses etwaige Verfahren auch mit der kongolesischen Verfassung zu vereinbaren wäre), wurde von Seiten Katumbis nicht erwähnt.<sup>7</sup> UDPS-Chef Felix Tshisekedi ließ (zumindest metaphorisch eindrucksvoll) verlautbaren, dass mit der Erklärung der Wahlkommission nun die „Totenglocke für das böse Regime läuten würde und Kabilas Zeit abgelaufen sei.“ Dies mag aus Sichtweise des Oppositionspolitikers Tshisekedi positiver klingen als es sich in der Realität darstellt, denn: jenseits von politischer Rhetorik bleibt festzustellen, dass die derzeit tief gesplante Opposition weder über eine charismatische Führungsfigur vor Ort (!), noch über ausreichend Mobilisierungskraft verfügt, um den „Druck der Straße“ zu erhöhen - anders als dies noch zu Zeiten des großen kongolesischen Oppositionsführers Etienne Tshisekedi, der Anfang Februar 2017 in Brüssel verstarb, der Fall war. Die Jugendbewegung *Lucha* („*Lutte pour le changement*“) kündigte weitere Demonstrationen, Blockaden und Aktionen des zivilen Ungehorsams<sup>8</sup> im gesamten Land an, „bis

<sup>7</sup> Katumbi kündigte die Rückkehr aus dem Exil in sein Heimatland für Dezember 2017 an. Wie er sich allerdings seiner Verhaftung (Anklage der kongolesischen Justiz u.a. wegen angeblich illegaler Immobiliengeschäfte) entziehen möchte, bleibt ungeklärt.

<sup>8</sup> So wurde von *Lucha* jüngst noch einmal die Forderung bekräftigt, die kongolesischen Bürgerinnen und Bürger sollten ihren Zahlungsverpflichtungen

der Präsident gestürzt sei“. Auch wenn diese Aufrufe immer mit Appellen zur Gewaltfreiheit einhergehen, so enden diese doch zumeist in Massenverhaftungen, vielen Toten und Verletzten, wie zuletzt in der ost-kongolesischen Stadt Goma am 30. Oktober des Jahres als eine Protestveranstaltung von *Lucha* durch Sicherheitskräfte aufgelöst wurde. Traurige Bilanz: fünf Tote, darunter ein 11jähriger Junge.

**Ausblick: Der (weiterhin) fehlende politische Wille der Regierung**

Es gibt auch nach offizieller Bekanntmachung des Wahlkalenders keinen wirklichen Grund zu glauben, dass die Regierung nun guten Willens ist, einen ernst gemeinten demokratischen Prozess in die Wege zu leiten. Dazu wurde in der Vergangenheit zu viel getarnt, getrickst und getäuscht sowie auf Zeit gespielt.<sup>9</sup> Ohne Zweifel sieht sich Präsident Kabila im Inland großer Unbeliebtheit ausgesetzt, die Bevölkerung wird ärmer und folglich unzufriedener, auch der Druck von außen (sprich: von der Internationalen Staatengemeinschaft) ist nicht zu übersehen, doch beide Faktoren stellen derzeit keine zu große Gefahr für den Präsidenten dar. Anders als im Jahre 1997, als der damalige Herrscher Mobutu Sese Seko von Kabilas Vater mit Unterstützung Ruandas aus dem Amt gedrängt wurde, stellen die unzähligen bewaffneten Rebellengruppen im Osten des Landes sowie in den Kasai-Provinzen keine unmittelbare Bedrohung für den Präsidenten in seiner Residenz in der Hauptstadt dar. Ganz im Gegenteil: die politische Instabilität in weiten Teilen des Landes stärkt derzeit paradoxer Weise sogar noch seine Position, weil es für das Regime in Kinshasa die Begründung liefert, den Wahlprozess weiter hinauszuzögern (und dies wahrscheinlich auch trotz nun vorliegendem Wahlkalender!) und sich die Gelegenheit von Regierungsseite aus bietet, den Amtsinhaber als Stabilitätsfaktor in einem

---

für Steuern und staatliche Abgaben (beispielsweise für Strom und Wasser) nicht mehr nachkommen, solange der Präsident noch im Amt sei. Ab dem 15. November 2017 sollen große Protestkundgebungen im gesamten Land stattfinden, die das öffentliche Leben lahmlegen sollen.

<sup>9</sup> Am 8. November 2017 sprach Kabilas Regierungssprecher Lambert Mende im Rahmen einer Pressekonferenz von einer „Lawine internationalen Drucks auf den Wahlprozess in der Demokratischen Republik Kongo“, der ausschließlich mit der „Gier“ anderer Staaten auf die Ressourcen des Kongos (vor allem die Kobalt-Vorkommen) begründet sei. Über die Notwendigkeit, einen demokratischen Prozess für das Volk (!) in die Wege zu leiten, wurde hingegen weniger gesprochen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## KONGO

GREGOR JAECKE

November 2017

[www.kas.de/kongo](http://www.kas.de/kongo)

politisch unruhigen Land zu präsentieren. Neben seinem eigenen Familienclan und einer großen Anzahl von Personen, die von ihm abhängig sind und folglich loyal zu ihm stehen<sup>10</sup>, kann er sich zudem der Unterstützung großer Teile der kongolesischen Sicherheitskräfte (Polizei und Armee, hierbei insbesondere die Präsidentengarde) sowie seiner Regierungspartei PPRD („*Parti du peuple pour la reconstruction et la démocratie*“) sicher sein. Ein Hoffnungsschimmer mag darin bestehen, dass die in der Demokratischen Republik Kongo hoch angesehene katholische Bischofskonferenz (CENCO) ihre Bereitschaft erklärt hat, ihre im März aufgebene Vermittlerrolle zwischen den verhärteten Fronten Regierung – Opposition wieder aufzunehmen, um gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren den Wahlprozess vorzubereiten.<sup>11</sup> Dazu bedarf es allerdings des (grundlegenden) politischen Willens der Regierung Kabila. Dieser fehlt nach wie vor.

Fest steht: Die Demokratische Republik Kongo ist ein Land mit einer Vielzahl (sich zum Teil auch schnell verändernden) politischen Dynamiken, doch derzeit sieht es so aus, als spiele die komplexe Gesamtgemengelage wieder einmal dem Präsidenten in die Hände. Wie so oft in jüngster Vergangenheit hat der Präsident mehr Zeit gewonnen. Zeit, die er eigentlich nutzen sollte, um seinem Volk dem seit der Unabhängigkeit von Belgien ersten unblutigen Machtwechsel zu bescheren.

---

<sup>10</sup> Hierbei geht es vor allem um wirtschaftliche Interessen: laut einer Studie der *Congo Research Group* verfügt Kabilas Familienclan über Anteile an mindestens 80 kongolesischen Firmen (dazu gehören Minenbetriebe, Hotels und Fluggesellschaften). Kabila ist einer der reichsten Staatschefs der Welt mit einem geschätzten Vermögen bis zu 15 Milliarden US-Dollar (Neue Züricher Zeitung, 30. September 2017). Des Weiteren gilt festzuhalten, dass ein weiterer Grund für Kabila, sich an der Macht mit allen Mitteln „festzuklammern“, die nicht unbegründete Angst vor Strafverfolgung nach dem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt, sowohl im eigenen Land als auch durch den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) darstellt.

<sup>11</sup> So CENCO-Generalsekretär Donatien Nshole gegenüber der Deutschen Welle in einem Interview am 08. November 2017.